

Hannelore Kraft bedankt sich bei Einsatzkräften in der Silvesternacht

dbb Jahrestagung mit NRW-Ministerpräsidentin und Dr. Thomas de Maizière

Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, bedankte sich in ihrer Rede bei der 58. dbb Jahrestagung ausdrücklich bei den polizeilichen Einsatzkräften in der Kölner Silvesternacht. Die im Nachgang des Einsatzes entstandene kritische Debatte über den Polizeieinsatz verurteilte die Ministerpräsidentin scharf. „So kann man nicht mit Kolleginnen und Kollegen umgehen!“



Klaus Dauderstädt bei der Eröffnung der dbb Jahrestagung

Landesregierung im November letzten Jahres.

Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** nutzte ebenfalls die Gelegenheit, sich bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für ihren Einsatz zu bedanken. Dabei hob es insbesondere die Kolleginnen und Kollegen hervor, die in den letzten Wochen „intensiv für die Sicherheit Deutschlands“ gearbeitet haben.

Mit Blick auf das Tagungsmotto „Europa – Quo vadis?“ stellte de Maizière klar, dass Europa ein „Lebensraum, Sicherheitsraum und Werteraum“ sei. Dabei stünden Offenheit, Sicherheit und Werte nicht in einem Alternativverhältnis zueinander. >>

Roland Staupe, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, begrüßte die deutlichen Worte von Hannelore Kraft. „Ich hoffe, dass die Ministerpräsidentin dies auch gegenüber ihrem Koalitionspartner zum Ausdruck bringt.“

und sie den Ruf nach dem „schlankeren Staat“ nie verstanden hätte. Auch zum Thema Frauenförderung in Nordrhein-Westfalen nahm sie Stellung und kündigte an, dass sie die Benachteiligung der Frauen unbedingt beseitigen wolle.

Kraft vertrat zudem die Auffassung, dass ein starker, leistungsfähiger und handlungsfähiger Staat unabdingbar sei

Schließlich bedankte sie sich beim DBB NRW und seiner Jugendorganisation für die Aktionen zum Thema „Gewalt im

öffentlichen Dienst“ und das Engagement im Rahmen der „Woche des Respektes“ der



Zu Gast bei der Jahrestagung: Roland Staupe, Willi Russ, Hannelore Kraft und Thomas de Maizière (von links)

2

DBB NRW Abend am Rande der Jahrestagung

Impressionen mit Vertretern aus Politik und Verwaltung



4

Frauenförderung: Praktische Lösungen mit Wirkung

DBB NRW fordert bei Anhörung schnelles Handeln



6

Manfred Lehmann wiedergewählt

DSTG-Landesgewerkschaftstag bestimmt Landesvorsitzenden





Gespräch am Rande der Tagung: Roland Stau­de, Dr. Marcus Optendrenk und Andreas Hemsing (von links)

„Sie sichern sich gegenseitig, indem sie aufeinander bezogen sind. Es liegt in der Hand der Bürger, in welche Richtung und in welcher Gestalt sich Europa entwickelt“, so der Bundesinnenminister.

Zuvor hatte die Jahrestagung der DBB Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** eröffnet und mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst gefordert. Zum Thema „Gewalt im öffentlichen Dienst“ appellier-



Roland Stau­de und Andrea Sauer-Schnieber mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf der Jahrestagung

te er an alle Vorgesetzten, Gewalt nicht zu tabuisieren. Vorfälle seien anzuzeigen, erforderlichenfalls zu verfolgen. Dauderstädt: „Der gute Ruf des Gymnasiums, der Krankenkasse oder der Kom-

mune sei sicher erwägenswert, das Gefühl unserer Kolleginnen und Kollegen, nicht schutzlos zu sein, ist aber wichtiger!“

JK

Jahrestagung

DBB NRW Abend mit Vertretern aus Politik und Verwaltung

Roland Stau­de betont Werte eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, **Sylvia Löhrmann**, und den Minister für Arbeit, Integration und Soziales, **Rainer Schmelzer**, konnte DBB NRW Landesvorsitzender **Roland Stau­de** neben zahlreichen anderen Gästen aus Politik, Verwal-

tung und den Fachgewerkschaften beim NRW-Treff im Rahmen der dbb Jahrestagung begrüßen.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen wies mit Blick auf die große Verunsicherung innerhalb Europas wegen des Brexits



Roland Stau­de, Minister Rainer Schmelzer, Hubert Meyers und Andreas Hemsing (von links)



Peter Silbernagel, Ministerin Sylvia Löhrmann und Andreas Bartsch (von links)



Andreas Hemsing, Mehrdad Mostafizadeh (MdL), Martin-Sebastian Abel (MdL) und Roland Stau­de (von links)



Roland Stau­de, Jutta Endrusch, Staatssekretär Bernhard Nebe, Hubert Meyers (von links)



Heike Gebhard (MdL), Erich Rettinghaus und Elke Vormfenne (von links)

und der Populisten wie **Lee Pen**, **Wilders** und **Petry** darauf hin, dass es in Deutschland eine demokratische Kultur gebe, in der die Grundrechte, allen voran die Menschenwürde und die Freizügigkeit, in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaats eingebettet seien. „Für diese Kernelemente und diese Werte steht der DBB NRW. Sie stehen für uns in keiner Weise zur Disposition“, so Stauda.

Österreich habe durch die Bundespräsidentenwahl eindrucksvoll gezeigt, wie ein möglicher Trend gestoppt werden könne und letztendlich

durch diese Wahl ein hoffnunggebendes europäisches Ausrufezeichen gesetzt. Roland Stauda: „Wir sollten dazu beitragen, dass von Deutschland und Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 ein noch größeres Ausrufezeichen gesetzt wird!“

Das Treffen fand in diesem Jahr zum elften Mal am Rande der DBB Jahrestagung statt und bot die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

JK



Roland Stauda, Rudolf Krähmer, Jutta Endrusch (von links)



Erich Rettinghaus und Werner Lohn (MdL) (von links)



Andreas Hemsing, Roland Stauda, Staatssekretär Ludwig Heck und Jutta Endrusch (von links)



Stefan Behlau und Dr. Ludger Schrapper (von links)



Roland Stauda bei der Begrüßungsrede am NRW-Abend

DBB NRW beim Neujahrsempfang der FDP

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Stau**de, der Vorsitzende der DBB NRW Tariffkommission, **Andreas Hemsing**, und die Vorstandsmitglieder **Erich Rettinghaus** und **Hubert Meyers** nahmen am traditionellen Neujahrsempfang des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der

nordrhein-westfälischen Freien Demokraten am 15. Januar 2017 im Düsseldorfer Maritim Hotel teil.

Es sprachen unter anderem der liberale Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, **Xavier Bettel**, sowie der Landes- und Fraktionvorsitzende der FDP in NRW, **Christian Lindner**. ■



Christian Lindner und Roland Stau beim Neujahrsempfang der FDP NRW

Dienstrecht

Thema Frauenförderung: Praktische Lösungen mit Wirkung

DBB NRW fordert bei Anhörung schnelles Handeln statt Politisierung

In einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses und des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW hatte der DBB NRW am 19. Januar zu einem Gesetzentwurf zur Änderung des LBG Stellung genommen. Dabei forderte er die Landesregierung erneut auf, nicht an ihrem Vorhaben zur Frauenförderung festzuhalten, das Thema bis zum Bundesverfassungsgericht oder gar zum Europäischen Gerichtshof zu tragen, sondern vielmehr schnell einen rechtssicheren Zustand herzustellen.



Roland Stau und Elke Stirken bei der Anhörung im Landtag

Doris A. ist Finanzbeamtin und hätte eigentlich bereits im September 2016 befördert werden sollen. Im Januar 2017, also vier Monate später, wartet sie immer noch vergeblich auf ihre Beförderung. Der Grund dafür: Frauenförderung!

Was im ersten Moment paradox klingt, ist in vielen Behörden in Nordrhein-Westfalen bittere Realität. Denn durch die zum 1. Juli 2016 in Kraft getretene Vorschrift sollten

zwar Frauen eigentlich bevorzugt befördert werden, in der Praxis geschieht nicht selten jedoch das Gegenteil.

Wie bei Doris A., die nach alter Regelung im November 2016 befördert werden und durch die neue Regelung ihre Beförderung schon im September 2016 erhalten sollte. Ihr Kollege **Kai R.** dagegen wäre nach alter Regelung schon im September 2016 befördert worden und ist durch die neue Rege-

lung um viele Plätze nach hinten gerutscht. Seine Beförderung stand deswegen erst für Dezember 2016 auf dem Plan.

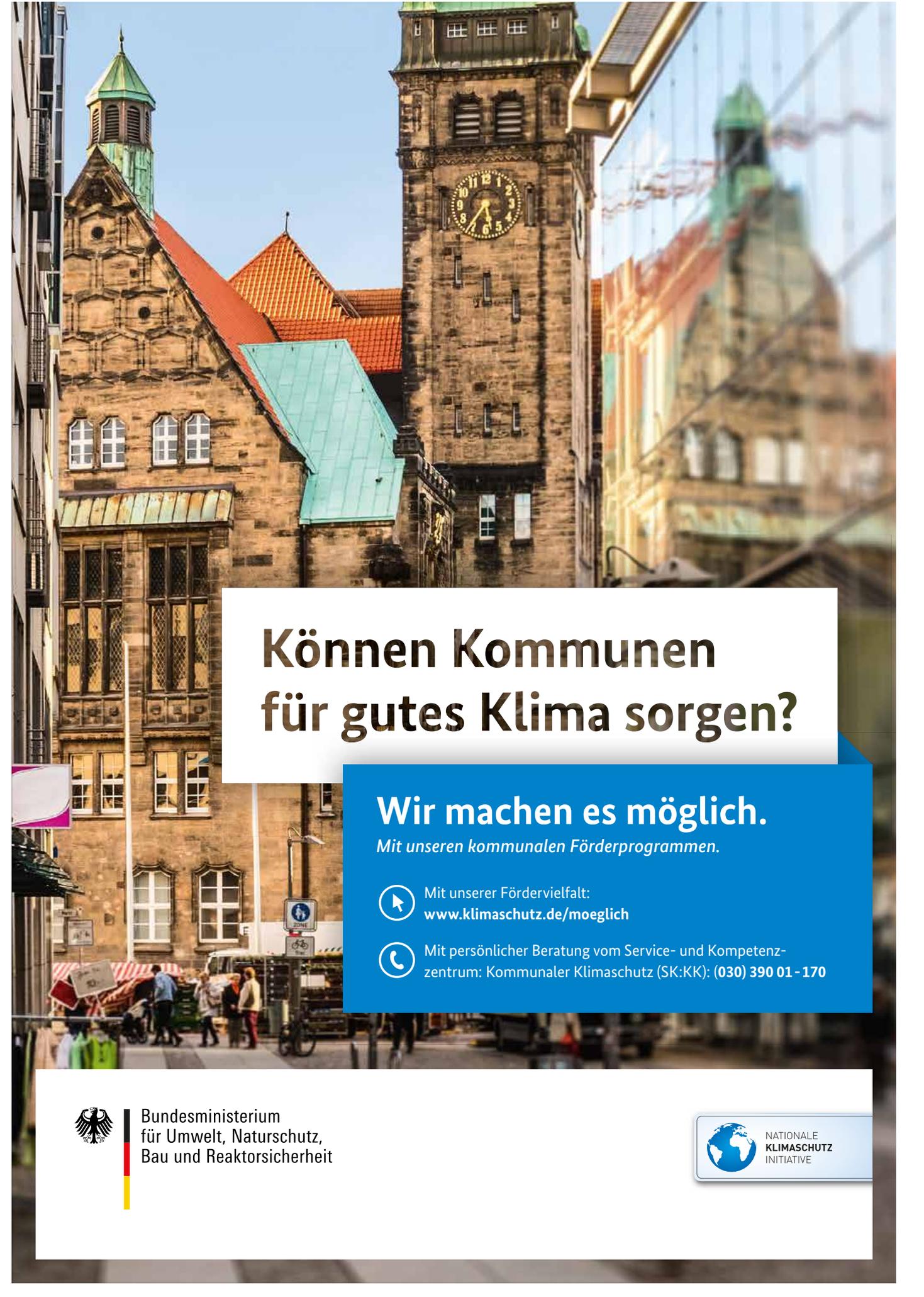
Faktisch wurde bis heute jedoch keiner der beiden befördert, da die Rechtsunsicherheit der gesetzlichen Regelungen zu einer Klagewelle geführt hat und es dadurch in vielen Bereichen zum praktischen Beförderungsstopp gekommen ist. Auch wenn Doris A. und Kai R. nur fiktive Personen sind, gibt es viele Beamtinnen und Beamte, die genau diese Situation gerade erleben.

In einigen Bereichen wird gar nicht mehr befördert

Hintergrund ist das neue Landesbeamtengesetz, das zum 1. Juli 2016 in Kraft getreten ist, genauer gesagt der §19 Abs. 6 LBG. Dieser Paragraph sollte eigentlich dazu beitragen, dass Frauen gefördert werden, indem sie bevorzugt befördert werden. Und zwar

nicht nur bei einer „gleichen“, sondern auch bei einer „im Wesentlichen gleichen“ Eignung.

Durch unklare Formulierungen und Rechtsunsicherheiten sorgt dieser Paragraph aktuell aber dafür, dass in einigen Bereichen gar nicht mehr befördert werden kann. Grund dafür sind Klagen, die die Verfassungsmäßigkeit der Regelung anzweifeln. Vier Verwaltungsgerichte geben ihnen in dieser Sache zwar Recht, an der aktuellen Situation vor Ort in den Behörden ändert das jedoch erstmal nichts. Denn die Landesregierung hat bereits angekündigt, alle Rechtsmittel auszuschöpfen und im Zweifel sogar bis zum Europäischen Gerichtshof zu ziehen. Auch die bei der Anhörung anwesenden juristischen Sachverständigen kamen nicht zu einer einheitlichen Einschätzung der Thematik und sahen eine abschließende Lösung frühestens auf der Ebene des Bundesverfassungsgerichtes. >>



Können Kommunen für gutes Klima sorgen?

Wir machen es möglich.

Mit unseren kommunalen Förderprogrammen.



Mit unserer Fördervielfalt:
www.klimaschutz.de/moeglich



Mit persönlicher Beratung vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK): (030) 390 01 - 170



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

Roland Staude: Ein Affront gegen den öffentlichen Dienst

„Die Herangehensweise der Landesregierung an das Thema ist ein Affront gegen den öffentlichen Dienst“, erklärte **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen. „Bis zu einer solchen Entscheidung können Jahre vergehen. Es kann nicht sein, dass bis dahin einfach gar nicht mehr befördert wird und zwar weder Männer noch Frauen.“ Vielmehr forderte der Landesbundvorsitzende die

Landesregierung dazu auf, alle Akteure an einen Tisch zu holen und gemeinsam an einer praktikablen Lösung zu arbeiten, damit das Thema nicht noch länger auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

Elke Stirken: Wer Frauen fördern möchte, muss an anderer Stelle ansetzen

Für den Deutschen Beamtenbund ist Frauenförderung ein wichtiges Thema. „Wer Frauen jedoch wirklich effektiv fördern möchte, muss an einer völlig anderen Stelle ansetzen“,

erklärte **Elke Stirken**, Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des DBB NRW. „Es müssen Beurteilungskriterien erarbeitet werden, die gendergerecht sind, und Führungskräfte müssen entsprechend geschult werden.“ Dabei muss Frauenförderung zur Führungsaufgabe werden, damit sie wirklich gelebt wird. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Denn meist sind es eben doch Frauen, die aus Familiengründen in Teilzeit arbeiten und dadurch häufig schlechter beurteilt werden.

Entsprechend forderte der DBB NRW in der Anhörung die Landesregierung erneut auf, nicht an ihrem Vorhaben festzuhalten, das Thema bis zum Bundesverfassungsgericht oder gar zum Europäischen Gerichtshof zu tragen, sondern vielmehr schnell einen rechtssicheren Zustand herzustellen und gleichzeitig im Dialog mit den Gewerkschaften und Verbänden daran zu arbeiten, Regelungen zu entwickeln, die Frauenförderung wirklich voranbringt.

JM

Manfred Lehmann als DSTG-Landesvorsitzender wiedergewählt

Landesgewerkschaftstag fordert Attraktivität der Finanzverwaltung als Arbeitgeber

Auf dem 17. Landesgewerkschaftstag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Nordrhein-Westfalen am 20. Januar 2017 im Kongresszentrum in Dortmund wurde der bisherige Landesvorsitzende **Manfred Lehmann** mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, gratulierte dem neu gewählten Vorstand und freut sich auf eine weitere hervorragende Zusammenarbeit.

DBB intern



Rainer Vollmer, Marc Kleischmann, Katja Schwarzer, Manfred Lehmann, Rainer Hengst, Jürgen Deimel und Heinz Katerkamp (von links)

Die deutliche Wiederwahl von **Manfred Lehmann** als DSTG-Landesvorsitzender kann als Anerkennung für sein Engagement und die gute Arbeit in der DSTG NRW gewertet werden. Mit der Wahl von **Katja Schwarzer** als Schatzmeisterin wurde die erste Frau in die Landesleitung gewählt. Komplettiert wird das Team wie bisher durch die drei Bezirksverbandsvorsitzenden **Rainer Hengst** (Köln), **Marc Kleischmann** (Düsseldorf) und **Heinz Kater-**

kamp (Westfalen-Lippe). Satzungsmäßig angebunden sind auch die Vorsitzenden der Stufenvertretungen, **Jürgen Deimel** (BPR) und **Rainer Vollmer** (HPR).

Rund 300 Gäste aus Verwaltung, Politik, befreundeten Verbänden und den Delegierten waren interessierte Zuhörer bei der öffentlichen Veranstaltung des 17. Landesgewerkschaftstages. Darunter auch NRW-Finanzminister

nen: **Stefan Zimkeit** (SPD), **Dr. Markus Optendrenk** (CDU), **Martin-Sebastian Abel** (Bündnis90/Die Grünen) und **Ralf Witzel** (FDP).

Im Eröffnungsstatement stellte der wiedergewählte Landesvorsitzende das Thema „Holen und Halten!“ in den Mittelpunkt. „Wenn wir die jungen Menschen überzeugt haben, bei uns eine Ausbildung zu absolvieren, besteht die nächste Herausforderung darin, sie auch an uns zu binden“, so Lehmann. Deshalb forderte Lehmann die Anhebung der Eingangssämter auf A 7 und A 10. ■

Dr. Norbert Walter-Borjans sowie die finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktio-



Thomas Eigenthaler, Moderator Jürgen Zurheide und Roland Staude (von links)

Einstellungsaltersgrenze für Beamte verfassungsgemäß

Bundesverwaltungsgericht entscheidet über die nordrhein-westfälische Neuregelung

Die seit Januar 2016 geltende Einstellungsaltersgrenze in NRW verstößt weder gegen das Grundgesetz noch gegen Unionsrecht, so urteilte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 11. Oktober 2016. Diese Neuregelung sieht vor, dass eine Benennung in das Beamtenverhältnis grundsätzlich nur vor Vollendung des 42. Lebensjahres möglich ist.

Der Kläger des Verfahrens, ein 1963 geborener und seit 2004 beim beklagten Land tarifbeschäftigter Lehrer, ist an einem Berufskolleg tätig. Bereits im Jahr 2009 stellte er den Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe, welcher jedoch abgelehnt wurde. Als Begründung führte das Land NRW an, dass die für die Ernennung geltende Verbeamtungshöchstaltersgrenze von 40 Jahren seitens des Klägers bereits überschritten sei.

Bis zum BVerwG einschließlich hatte die hiergegen gerichtete Klage keinen Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte die Sache an das BVerwG zurückverwiesen. Die für das beklagte Land geltende laufbahnrechtliche Vorschrift hatte das BVerfG mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärt (Beschluss

vom 21. April 2015 – 2 BvR 1322/12, 2 BvR 1989/12 – BVerfGE 139, 19). Mit Wirkung vom 01. Januar 2016 legte das beklagte Land die gesetzliche Altersgrenze auf das 42. Lebensjahr neben weiteren umfangreichen Ausnahmeregelungen fest. Auf dieser Grundlage hatte das BVerwG nunmehr über das Begehren des Klägers zu entscheiden.

Revision zurückgewiesen

Auch die Revision des Klägers hat das BVerwG erneut zurückgewiesen, weil die Neuregelung nach Auffassung des Gerichtes verfassungsgemäß ist. Zwar stelle sie einen Eingriff in die Grundrechte des Bewerbers aus Art. 33 Abs. 2 GG und Art. 12 Abs. 1 GG dar. Unter Berücksichtigung des beamtenrechtlichen Lebens-

zeitprinzips sei dieser Eingriff jedoch gerechtfertigt. Schließlich habe der Dienstherr ein berechtigtes Interesse an einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der Lebensdienst- und der Ruhestandszeit. Folglich liege auch kein Verstoß gegen die Gleichbehandlungsrichtlinie (RL 2000/78/EG) vor.

Keine Ausnahme des § 14 Abs. 10 Nr. 1 und Nr. 2 Landesbeamtengesetz NRW

Auch habe das beklagte Land keine Ausnahme von der Altersgrenze beim Kläger zulassen müssen. Ebenso sei § 14 Abs. 10 Nr. 1 Landesbeamtengesetz NRW für den Kläger nicht einschlägig. Diese Norm ermöglicht es dem Dienstherrn allein im öffentlichen Interesse dann Ausnahmen vorzusehen,

wenn ein erhebliches dienstliches Interesse existiert, gerade diesen Bewerber zu gewinnen oder aber zu halten. Aus der Vorschrift selbst resultiere jedoch kein subjektives Recht des Bewerbers. Ebenso sei § 14 Abs. 10 Nr. 2 LBG NRW nicht einschlägig. Für eine Billigkeitsausnahme habe seitens des Dienstherrn kein Anlass bestanden. Weiter habe das BVerfG dem beklagten Land durch die Unvereinbarkeitsklärung die Option eingeräumt, auch für bereits bestehende Altfälle eine neue und verfassungsgemäße gesetzliche Regelung zu treffen. Seitens des beklagten Landes sei das in der Ausnahmenvorschrift enthaltene Ermessen auch in vertretbarer Weise ausgeübt worden.

JDS

Tarifkommission

Positionen neu besetzt – Tarifrunde 2017 im Blick

DBB NRW Tarifkommission tagte in Düsseldorf

Rechtzeitig vor der Sitzung des Landeshauptvorstandes des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen fand die Sitzung der Tarifkommission des DBB NRW unter der Leitung des Vorsitzenden, Andreas Hemsing in der Landesgeschäftsstelle statt.

Neben der Diskussion über die aktuelle Tarifpolitik und die Tarifrunde 2017 für die Beschäftigten der Länder standen notwendige Nachwahlen für verschiedene Positionen in der Tarifkommission auf dem Programm:

Für **Lisa Bethge** (komba) wurde zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Tarifkommission des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen **Sandra von Heemskerck** (komba) gewählt. Außerdem wurde



Der Vorstand der Tarifkommission mit Sandra von Heemskerck, Andreas Hemsing, Karlheinz Semmler und Andrea Breuer (von links)

für **Friedhelm Thomas** (DSTG) ebenfalls als neue stellvertretende Vorsitzende **Andrea Breuer** (DSTG) gewählt.

Zur Vorsitzenden der Koordinationsgruppe Lehrkräfte wurde anstelle von **Jörg Bohmann** (Philologenverband) nun

Am 16./17. Februar 2017 gehen die Tarifverhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den Gewerkschaften in Potsdam in die entscheidende Runde. Zuvor ist mit Aktionen – auch in Nordrhein-Westfalen – zur rechnen

Andrea Leroy (VBE) gewählt. Und als neuer Vorsitzender der Koordinierungsgruppe TVÖD wurde für **Wilfried Derendorf** (komba) **Markus Schallenberg** (komba) gewählt.

JK

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Stauder (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Julia Dalhoff-Schreik (JDS), Markus Klügel (MK), Johanna Muschalik (JM).
Bildredaktion: Tanja Henze
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 39, gültig ab 1.10.2016. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Neuwahlen beim DBB Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg

In der Mitgliederversammlung des DBB Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg im Dezember 2016 wurde der Vorstand neu gewählt. Dadurch wurde der Vorstand deutlich verjüngt. Die jetzt gewählten Kolleginnen und Kollegen werden dem Kreisverband neue Ideen und Impulse geben.

Hier das Wahlergebnis: Vorsitzender: **Rainer Schwierczinski** (VBOB), stellvertretender Vorsitzender: **Christian Dröttboom** (komba), Schriftführer: **Alex Dick** (komba), Kassierer: **Ralph Gerlach** (BDZ), Öffentlichkeitsarbeit: **Josi Neidt** (VBOB) und Beisitzerin: **Elisabeth Kopp** (DPVKOM). Kreisjugendleiter ist **Jan Falkenhagen**. Rechnungsprüfer sind **Olaf Molitor** (komba) und **Klaus Preis** (VBOB).

In Anerkennung ihrer langjährigen Vorstandstätigkeit wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt: **Roswitha Horschel** und **Rolf Lindner**.



Neuwahlen beim DBB Kreisverband Olpe

Die letzte Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Olpe stand ganz im Zeichen des personellen Neubeginns. Auch **Jochen Schneider** (komba) legte seine Tätigkeit als Vorsitzender nach mehr als 17 Jahren Vorstandsarbeit nieder.

Und so wurde – unter Anwesenheit von **Wolfgang Römer**,

stellvertretender Vorsitzender des DBB NRW, als neuer Vorsitzender **Thomas Falke** (GdV) gewählt. Seine Stellvertreter sind **Georg Allebrodt** (DSTG) (2. Vorsitzender) und **Nadja Engels** (BSBD) (3. Vorsitzende und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit). Als Schriftführer konnte **Thieß Hanspach** (vLw) gewonnen werden.

Wiedergewählt wurden **Holger Burghaus** (komba) als Kassierer sowie **Birgit Meurer** (VBE) als Besitzerin. Mit **Daniel Krause** (vbba) und **Patrick Butschkau** (DSTG) konnten zwei weitere junge Mitglieder für die Vorstandsarbeit gewonnen werden, sie fungieren zukünftig als Beisitzer.

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de